

Verbands-Zeitung

Organ für die Interessen der Arbeiter in Brauereien, Brennereien, Mühlen und verwandten Betrieben
Publikationsorgan des Verbandes der Brauerei- und Mühlenarbeiter und verwandter Berufsgenossen

Erscheint wöchentlich am Sonnabend
Bezugspreis: vierteljährlich 36 Mark, unter Kreuzband 54 Mark
Eingetragen in die Postzeitungsliste. Redaktionschluss Montag früh 8 Uhr

Verleger und verantw. Redakteur: Fr. Krieg, Berlin-Nichtenberg
Redaktion und Expedition: Berlin S 27, Schicklerstraße 6
Druck: Vorwärts-Verlagsdruckerei Paul Singer & Co., Berlin SW 68

Insertionspreis ab 1. Juli
Für Geschäftsanzeigen: die sechsgespaltene Nonpareillezeile 12 Mark, Gratifikationen die Zeile 6 Mark, für Todesanzeigen die Zeile 4 Mark.

Willkommen in Dresden!

Am 11. Juni werden die durch Urwahl gewählten Delegierten unseres Verbandes in Dresden zusammenzutreten, um über das fernere Wohl der Organisation zu beraten und die hierfür nötigen Beschlüsse zu fassen. Eine ganze Reihe neuer Aufgaben sind zu erledigen, so unter anderen eine Staffel aufzulegen, nach der auch für die Zukunft nicht bei jeder Lohnherhöhung erst Beschlüsse zu fassen sind, wie fernerhin unsere Verbandsbeiträge sein sollen; bei den Unterstützungen muß ein Gleiches geschehen. Die Rechte der Verbandsangestellten bedürfen ebenfalls einer Neuregelung und noch vieles andere mehr. Weiterhin soll der Verbandstag Wege weisen, auf welche Art und Weise es möglich ist, die Organisation zu stärken, die Mitglieder zu schützen und neue Führer heranzubilden. Demzufolge haben auch die Dresdener Kollegen entsprechende Anträge zum Verbandstag gestellt.

Eine Menge Arbeit harret also den Beauftragten der Mitglieder und wir wollen hoffen und wünschen, es möchten alle gefassten Beschlüsse für das fernere Wohl des Verbandes von größter Bedeutung sein.

In Dresden fand der letzte Verbandstag im Jahre 1900 statt und ist in diesen 22 verfloffenen Jahren so vieles geschehen, was hier kaum aufgeführt und wiedergegeben werden kann. Aus der damals ja geringen Mitgliederzahl ist ein ansehnlicher Verband geworden und auch die Zahlstelle Dresden ist von den damaligen kleinen Anfängern zu einer der größten mit herangewachsen.

Seit dem Jahre 1903, wo erstmalig ein Tarifvertrag mit den Ringbrauereien abgeschlossen wurde, besteht in Dresden ein tarifliches Verhältnis. Ein von der Kollegenschaft im Jahre 1897 geforderter und durchgeführter Arbeitsnachweis bewirkte, daß unsere Kollegen wegen Zugehörigkeit zum Verband nicht mehr gemahregelt wurden und konnte sich hier ein alter Stamm von Gewerkschaftsarbeitern heranzubilden.

Alle Lohnbewegungen, die mit den Ringbrauereien abgeschlossen wurden, sind ohne Streit verlaufen bis zu der letzten Verhandlung am Anfang Mai.

Wohl hat auch die Zahlstelle Dresden Kämpfe durchgeführt, aber nicht in den Ringbrauereien wegen der Löhne.

In zwei Malzfabriken Dresdens wurde durch Streit die geregelte Arbeitszeit eingeführt und in der Niederfeldiger Malzfabrik ließ es die Betriebsleitung nicht erst ja willkommen.

In Pirna, wo 1902 die Kollegen aus der Bergschlößchen-Brauerei in den Streit traten, erlitten wir wohl eine Schlappe, und glaubten damals die Kollegen durch Gründung eines Konkurrenzunternehmens doch noch den Sieg zu erringen. Diese Gründung schlug aber fehl und kostete die Angelegenheit der Zahlstelle aus eigenen Mitteln zirka 12 000 Mk. Auch in der Brauerei „Zum Felsenkeller“ ist es zweimal wegen Maßregelungen zum Streit gekommen, doch hat hier die Arbeiterschaft jedesmal vollen Erfolg zu verzeichnen gehabt. So war auch einmal im Waldschlößchen — Sozialtätbrauerei — ein Gleiches zu verzeichnen.

Die Kadeberger Kollegen, welche bis nach dem Kriege eine eigene Zahlstelle bildeten, haben ebenfalls mehrfach zur Arbeitsniederlegung gegriffen und konnte ebenfalls wiederholt dort voller Erfolg gebucht werden. Von besonderer Bedeutung war aber der Kampf gegen die Brauerei Plauenischer Lagerkeller im Jahre 1910, welcher 11 Monate währte und der Leitung der Brauerei wohl nominell den Sieg brachte, sie dafür aber ihrer Kundenschaft verlor. Was damals die übrigen Kollegen an Solidarität geübt haben, soll rühmend hervorgehoben werden.

Dieser Betrieb ist auch der erste gewesen, dessen wir uns nach Zusammenbruch der alten Gemalten im Jahre 1918 liebevoll erinnerten, doch mußten die Arbeiter auch diesmal wieder 4 Wochen streiken, ehe der Starbrenn des Betriebsleiters endlich gebrochen war. Jetzt sind auch in diesem Betriebe, nachdem er in andere Hände übergegangen ist, die für die Ringbrauereien geltenden Bestimmungen durchgeführt und hoffen wir, daß in Zukunft die Dresdener Zahlstelle vor großen Kämpfen bewahrt bleiben möge im Interesse der Mitglieder.

In der Mühlenindustrie, die gerade hier sehr stark vertreten ist, haben im Jahre 1910 elf kleinere Streiks stattgefunden, welche aber bedauerlicherweise zum Schaden der Arbeiter ausliefen. Die Organisation der Mühlenarbeiter vor dem Kriege war zu schwach, um erfolgreich gegen das Kapital anzukämpfen. Seit 1918 sind aber auch diese Kollegen reiflos organisiert und der Kampf im Jahre 1921 zeigte, daß

auch dort die Kollegen gelernt haben, ihre Interessen zu vertreten.

In dem zum Verwaltungsbezirk Dresden gehörigen Ostschiffen wurden schon vor dem Kriege mehrere Mitgliedschaften gebildet, und wenn auch dort noch sehr viel Arbeit übrig bleibt, so berechtigt die Entwicklung auch dort zu den besten Hoffnungen. Dieserhalb kann wohl behauptet werden, daß die Mitgliedschaft Dresden sich mit zu denen rechnen darf, welche die Rechte der Arbeiterschaft zu wahren wissen.

Die organisatorischen Verhältnisse der Verwaltungsstelle Dresden sind sehr gute. Die Geschichte der Zahlstelle werden von einem alten erprobten Stamm Kollegen geleitet, wie ja auch ein großer Teil Kollegen bereits ihr 25jähriges Verbandsjubiläum feiern konnten.

Die Delegierten betreten also in Dresden einen alten historischen Platz in der Bewegung unseres Verbandes und Gewerbes.

Ich verweise gerade hierbei auf die Geschichte der Brauereibewegung und bitte alle Leser, dort nachzuschlagen, kann es doch nicht meine Aufgabe sein, hier eine genaue Aufzählung aller Daten und Geschehnisse vorzunehmen.

Wir heißen alle Delegierten in den Mauern Dresdens herzlich willkommen und werden uns angelegen sein lassen, den guten Ruf, den unsere Zahlstelle in Deutschland genießt, zu rechtfertigen. Wir hoffen, man wird uns dann auch fernerhin in gutem Gedenken behalten und von den Delegierten hoffen wir weiter, sie mögen Beschlüsse fassen, die der Gesamtheit des Verbandes zum Wohle gereichen.

In diesem Sinne nochmals herzlich willkommen in Dresden.
S. Winkler

Aus der Dresdener Arbeiterbewegung.

Von Rich. Tempel, Vorsitzender des Ortsausschusses Dresden des ADGB.

Dresden ist nicht nur durch seine jähne Lage und seine reizende Umgebung als Kongressstadt besonders geeignet. Es darf vielmehr gerade bei Tagungen von Arbeiterkongressen darauf hingewiesen werden, daß Dresden und seine Umgebung ein gemaltiges Industriezentrum geworden ist, in dem Hunderttausende von Klassengenossen werkschaffende Arbeit leisten. Wohl reißt sich im Inneren der Stadt Läden an Läden mit raffiniertem Luxus ausgestatteter, rings um den Stadtkern aber ragt ein Wall von Fabrikchimären und außer den Villenvierteln hinter dem Hauptbahnhof und dem Großen Garten dehnen sich in den Vorstädten nach allen Seiten die langen düsteren Reihen der Mierkasernen. Dresden ist eine der gewerbes- und arbeiterreichsten Städte Deutschlands. So sind hier auch alle Vorbedingungen für eine starke Arbeiterbewegung gegeben, die gerade hier noch durch die berühmte sächsische Reaktion gefestigt und gestärkt worden ist.

Wie im übrigen Deutschland, so hat sich auch in Sachsen und besonders in Dresden die gewerkschaftliche aus der politischen Bewegung entwickelt. Schon die Gesellenverbände und Bruderschaften erfreuten sich unter der Junktorentlassung der vormärzlichen Zeit gerade in Dresden einer starken kampfesmutigen Mitgliedschaft. Den Anstoß zur Gründung von Berufsverbänden sowie von Arbeiterorganisationen überhaupt gaben die revolutionären Ereignisse des Jahres 1848. Die sächsische Regierung berief am 7. August 1848 eine aus Arbeitern bestehende Kommission, die im jetzigen alten Stadtverordnetenhaus tagte, deren Tätigkeit jedoch in den nachfolgenden Ereignissen untergegangen ist. Am 23. April 1848 tagte in Dresden auf Anregung der Leipziger Arbeiter die erste allgemeine Arbeiterversammlung. Sie beschloß einen „Aufruf zum Beitritt zum allgemeinen Gesellenverein“. Der Aufruf erschien im Amtsblatt — dem Dresdener Anzeiger — und erregte als das erste Lebenszeichen und öffentliche Aufforderung zum Zusammenschluß der Arbeiterschaft damals ungeheures Aufsehen. Der Verein entsandte auch eine Delegation zum 1. Deutschen Arbeiterkongress, der vom 20. bis 26. August 1848 in Berlin tagte. Ein Mitglied der Dresdener Delegation, der Schneidergeselle Jörnstein, fungierte dort als Vizepräsident. Diese vorbereitenden organisatorischen Anfänge der Dresdener Arbeiterschaft wurden jedoch bald durch die mit aller Macht einsetzende Konterrvolution zunichte gemacht. Als Robert Blum in Wien ermordet wurde, als die Reaktion in Berlin wieder ihr Haupt erhob, verrückte die Dresdener Arbeiterschaft die jungen demokratischen Erregungenschaften in tagelangen erbitterten Sarrikadentkämpfen. Dresdener Arbeiter waren die Organisatoren eines in jenen Tagen vom „Zentralkomitee für die deutschen Arbeiter“ herausgegebenen Rundschreibens, in dem

zum bewaffneten Widerstand gegen die drohende Reaktion aufgefordert wurde. Sie haben ihren Mann auf den Barricaden gestanden und die vielen Namenlosen, die in den Massengräbern auf dem alten Trinitatis-Friedhof und dem Annenfriedhof liegen, zeigen den „Jungen“ von heute, wie viele damals ihre Liebe zur Demokratie und Freiheit mit ihrem Herzblut bezahlt haben. Ihre Gräber werden von der Dresdener Arbeiterschaft gepflegt und in Ehren gehalten. Die 1849 einjehende Reaktionsperiode machte jeden Versuch des Zusammenschlusses unmöglich. Ein Koalitionsrecht bestand damals nicht. Nur im Schutze des über Deutschland für kurze Zeit dahinbrausenden politischen Freiheitssturmes konnten auch die Anfänge der Dresdener Arbeiterbewegung ein kurzes Dasein fristen. Dann vernichtete die nach der Niederwerfung der Barricadentkämpfe einsetzende Reaktion auch diese Anfänge wieder.

Erst Anfang der 60er Jahre hören wir wieder von neuen Versuchen. Als 1861 die Koalitionsverbote fielen, waren die stärksten Fesseln gesprengt und man wagte wieder Organisationsgründungen. Noch im Jahre 1861 wurde in Dresden ein „Bildungsverein für Gemeinbeitende“ gegründet, der gewissermaßen der Anfang der modernen Arbeiterbewegung gewesen ist. In ihm fanden sich alle fortschrittlichen Elemente zusammen. Er wurde später, als man glaubte, etwas freimütiger sein zu können, in den „Arbeiterbildungsverein“ umgewandelt. Daneben wurde das Streben nach sachlichem Zusammenschluß der einzelnen Berufe immer stärker. Es begann die Gründungs- und Entwicklungszeit der ersten Berufsverbände auf meist lokaler Grundlage. Als ersten gründeten die Buchdrucker 1862 ihre Organisation, ihnen folgten 1864 die Tabakarbeiter, 1869 die Handschuhmacher, 1872 die Töpfer, Buchbinder, Steinmetzen, Hutmacher, Schneider, Maurer und Holzarbeiter, 1873 die Bildhauer und Lederarbeiter, 1875 die Lithographen, Glasarbeiter, Steinsetzer und Tapezierer, endlich die Zimmerer und Stukkateure 1878. Gehemmt und beeinträchtigt wurde die Entwicklung durch den Dualismus in der damaligen politischen Bewegung. Die oft scharf und rücksichtslos geführten Auseinandersetzungen zwischen „Eisenachern“ und „Kassellern“, in der auch die Frage nach der Zweckmäßigkeit der Gewerkschaftsbewegung eine Rolle spielte, hat auf die Entwicklung der Fachvereine nicht besonders günstig gewirkt. Harte Kämpfe wurden zwischen diesen beiden Richtungen auch in Dresden ausgefochten.

Vom 12. bis 15. August 1871 tagte in Dresden der 2. Kongress der sozialdemokratischen Arbeiterpartei. Nebel, Bracke und Jork referierten. 56 Delegierte waren anwesend. Nachdem dann 1875 der Vereinigungsparteitag in Gotha die Stripat zwischen den Kassellern und Eisenachern begraben hatte, war die Grundlage für eine günstige Entwicklung der Fachvereine geschaffen. Die Arbeiterbewegung wuchs und erstarkte auch in Dresden. Die Stärke der damaligen Dresdener Arbeiterbewegung erhellt der Sieg Nebels in Dresden-Albstadt bei den Reichstagswahlen 1877. Er hielt den Kreis auch bei den im Jahre 1878 folgenden Wahlen.

Es kam im gleichen Jahre das Sozialistengesetz und vernichtete alle Hoffnungen. Wie anderwärts, so hat auch in Dresden dieses Schandgesetz ein auch nicht annähernd aufzählendes und zu schillerndes Maß von Bestrafungen, Verurteilungen, Ausweisungen und Leiden über viele Angehörige der Arbeiterschaft gebracht. Die Justiz wütete besonders stark im reaktionären Musterlande Sachsen. Nach den Verurteilungen wurden allein vom Juli 1880 bis Januar 1882 nicht weniger als 90 Partei- und Gewerkschaftsgenossen wegen sog. politischer Vergehen zu insgesamt 17 Jahren, 6 Monaten, 16 Tagen Gefängnis verurteilt. Der Haß, mit dem gerade die Dresdener Justiz wütete, wird erkenntlich an der Tatsache, daß von den 17 Jahren, 6 Monaten, 16 Tagen Gefängnis nur 12 Jahre, 6 Monate wirklich ausgeworfene Strafen waren, während die übrigen 5 Jahre, 1 Monat, 16 Tage auf verbüßte Untersuchungshaft konnten. Ganze 9 Monate, 14 Tage der Untersuchungshaft wurden auf die erkannten Strafen angerechnet. Die Dresdener Gewerkschaften versetzten fast ausnahmslos der Anführung durch die Kreisbauernschaft. Ihr Schicksal teilten neben dem sozialdemokratischen Verein der Arbeiterbildungsverein und der Disziplinbünd.

So schloß auch die Dresdener Arbeiterschaft unter dem Sozialistengesetz zu leiden hatte, den Rat zur Arbeit für ihre Organisationen hat sie auch in dieser Zeit nicht verloren. Manche ergötzliche Geschichte wird noch heute erzählt, wie es immer wieder gelang, die Spürhunde der Reaktion zu nasführen. So entstand schon 1880 der Arbeiterbildungsverein

wieder unter dem Namen Volksbildungsverein, allerdings der Vorherrschaft halber mit einigen der Arbeiterschaft sympathisch gegenüberstehenden, der Polizei gegenüber unverdächtigen Bürgern an der Spitze. Auch gewerkschaftliche Neugründungen entstanden langsam wieder. So gründeten 1883 die Schneider und Bänder, 1884 die Porzellanarbeiter, 1885 die Götter, 1887 die Dachdecker, 1889 die Böttcher wieder lokale Organisationen.

Als dann endlich am letzten September 1890 mit dem Vater des Ausnahmengesetzes auch dieses selbst fiel, waren auch in Dresden schon längst wieder Arbeiterorganisationen vorhanden. Mit einer imposanten Feier im Trianon — dem jetzigen Volkswohlfahrtssaal — wurde am 1. Oktober 1890 das Sozialistengesetz von den Dresdener Arbeitern zu Grabe getragen. Die Bahn für die weitere Entwicklung der unter den jämmerlichsten Verhältnissen erhaltenen, zum Teil neugegründeten Organisationen war wieder frei. Stark und kräftig setzte nun die Organisationsarbeit ein. Lebhaft wurde damals auch in Dresden um die Organisationsform gestritten. Nachdem dann aber 1890 der erste Gewerkschaftskongress in Halberstadt die Frage „zentrale oder lokale Organisation“ lebhaft erörtert und sich für die Zentralorganisation entschieden hatte, wurde dieser Beschluß im allgemeinen auch von der Dresdener Arbeiterschaft anerkannt. Nur in einigen Fällen ist es darüber zu ernstlicher Differenzen gekommen. Vorübergehend bestand im Tabakgewerbe, allerdings nicht aus prinzipiellen, sondern mehr aus persönlichen Gründen, ein Solalverein, der aber bald wieder im Verband aufging. Eine Sonderorganisation gründete auch eine mit der Latif des Metallarbeiterverbandes mißgünstige Gruppe von Metallarbeitern, die sich den Wisenthalern angeschlossen, später aber zu den Rosenthalern übergang und der „Freien Vereinigung der Gewerkschaften“ (Anarcho-Sozialisten) beitrug.

Die gelben Gewerkschaften, die besonders nach einem bei der Belljume Seidel u. Raumann im Jahre 1907 ungünstig verlaufenen Streik von dem Dresdener Unternehmertum mächtig gefördert wurden, haben hier eine wirkliche Bedeutung nicht erlangen können. Auch für die Christlichen und Nicht-Dauerlichen Gewerkschaften ist in Dresden kein Boden. So erreichte bei den letzten Gewerbebegehrensversammlungen ihre Liste ganze 400 Stimmen gegen 20 000 Stimmen, die die Liste der freien Gewerkschaften auf sich vereinigte. Eine stärkere Wahlbeteiligung unserer freigewerkschaftlichen Mitglieder hätte die gegnerische Liste sicher ganz ausfallen lassen.

Dem in einer Versammlung der Dresdener Fabrikeine am 30. September 1892 unter dem Namen „Verein Zentral-Kommission aller Berufe“ gegründeten Gewerkschaftsfortschrittlichen schloß sich fast alle Organisationen an, eine bei den Kampfen, die damals um die Frage der Lokal- oder Zentralorganisation geführt wurden, unweigerlich beachtenswerte Tatsache. Das Fortschritt hat im Laufe der Jahre seinen Bereich erheblich über die Stadtgrenze ausgedehnt. 1909 vereinigte sich das Gewerkschaftsfortschrittliche im industriereichen Plauenischen Grund mit dem Dresdener. Industriell und wirtschaftlich mit ihm verbunden liegen vor den Toren Dresdens noch die Gewerkschaftsfortschrittliche Reitzen, Pirna und Radeberg.

Die Zeit der Irrungen und Wirrungen nach 1918, die Zeit der starken politischen Meinungskämpfe hat die Dresdener Gewerkschaften in keiner Weise erschüttert. Lediglich die Jahrestage des Fabrikarbeiterverbandes im Plauenischen Grund erinnerte 1917 ihren Austritt, ist aber im Anfang des vorigen Jahres dem Ortsausstufung wieder beigetreten. Die zahlenmäßige Entwicklung des Dresdener Ortsausstufunges, wie das Fortschritt nach dem Beschluß des Nürnberger Gewerkschaftskongresses entsprechend den dort beschlossenen Satzungen des DGB, heute heißt, möge folgende Aufstellung veranschaulichen. Die Mitgliederzahl der dem Ortsausstufung angeschlossenen Gewerkschaften betrug:

1900: 15 835, 1905: 32 445, 1910: 76 485, 1914: 95 629.

Während des Krieges erreichte die Mitgliederzahl ihren höchsten Stand Ende 1918 mit 46 261. Zu derselben Zeit waren zu Kriegsdiensten eingezogen 54 029 Mitglieder der Dresdener Gewerkschaften.

Genaugenaßen nach dem Kriege auch die Zahl der Mitglieder der Dresdener Gewerkschaften wie überall im Reich an. Heute zählen sie, einige unbegriffen, die ihr Schicksal über den Bereich des Ortsausstufunges ausgebreitet haben, 180 064 Mitglieder. Davon entfallen auf das Gebiet des Dresdener Ortsausstufunges 190 554. In Einrichtungen unterhält der Ortsausstufung des Dresdener Arbeiterfortschritts mit drei Sekretären, im Plauenischen Grund ein weiteres Sekretariat mit einem Sekretär, und eine zur Inangriffnahme mit einem Dresdener Sekretär besetzte Ausstufungsstelle im industriellen Bezirk Königs, eine Zentralarbeiterbildungsstelle, deren Uebernahme durch die Stadt bereits Angliederung an die städtische Arbeiterbewegung bewirkt, und in Gemeinschaft mit der AFA die Betriebsratsgewerkschaft. Kein Arbeiter schon damit heute die Größe der Dresdener Gewerkschaften zum Ausdruck. Mit wenigen Ausnahmen haben alle ihren Sitz in einem aus sehr großen Säulenhallen gebildeten Hofgebäude am Schützenplatz, Köpenickerstraße und Burgstraße. Dem großen Ausstufungsbedarf ist leider die Ueberwachungsmaßlosigkeit im Dresdener Volkshaus und die in ihm eingerichtete Herberge zum Opfer gefallen.

Ungeachtet dessen bedenkliche und folgenschwere Kämpfe haben neben kleinen Auseinandersetzungen die Dresdener Gewerkschaften auf ihrem Entwicklungsweg begleitet. Ein Hauptgrund waren Streitigkeiten der Dresdener Arbeiter als Folge ihrer gewerkschaftlichen Betätigung erleiden müssen. Es ist hier nur ermahnt zu werden, was weit über Deutschland hinaus bekannt ist, im Jahre 1920 von einem Dresdener Schornsteinputzer gewaltsam ermordete Öbsterer Zuchtshausurteil, das in Dresdener Arbeiter wegen eines von einem wider-

wertigen und brutalen Bauspekulanten auf einem Bau provozierten Ständals zu insgesamt 53 Jahren Zuchtshaus und 2 Jahren 8 Monaten Gefängnis verurteilt. Sachsen hatte das reaktionärste Vereinsgesetz in ganz Deutschland. Alle Versammlungen mußten angemeldet werden, sie mußten zur bestimmter Zeit beginnen, nur der angemeldete Referent durfte reden, die harmlosesten Reden wurden für politisch erklärt und für gewerkschaftliche Versammlungen verboten. Wortentziehungen und Versammlungsausschlüssen erfolgten aus den unbedeutendsten Anlässen. Jede Versammlung wurde überwacht. Oft saßen zwei Gendarme mit ihren blankgeputzten Flinten neben dem Redner, spannend auf jede Gelegenheit zum Eingreifen. Sachsen hatte aber auch das reaktionärste politische Wahlrecht und Dresdener wiederum wohnt das reaktionärste Gemeindevahlrecht. Gemaltige Opfer hat gerade deshalb die Dresdener Arbeiterschaft in dem Kampf um die Beseitigung des sächsischen Dreiklassen-Wahlrechts und des Berufswahlrechts zur Stadtverordnetenversammlung gebracht.

Heute freilich sind die Kämpfe überwunden; sie gehören der Vergangenheit an. Eine neuere, freiere Zeit hat neues freieres Recht geschaffen. Wenn aber ein größerer Teil unserer neuen Mitglieder, die heute stürmen und drängen, sich die Schwierigkeiten vergegenwärtigen wollten, unter denen die Arbeiterbewegung groß und stark geworden ist, würden sie auch heute viel leichter, als es in der Regel geschieht, das Mögliche vom Unmöglichen unterscheiden können.

Jede Skizze der Dresdener Arbeiterbewegung wäre unvollständig, wenn nicht auch der Stärke der Genossenschaftsbewegung gedacht würde, deren Mitglieder sich zu mindestens 90 Proz. aus Arbeitern zusammensetzen. Außer dem noch bestehenden Konsumverein Pieschen hat sich auch in der Genossenschaftsbewegung Dresdens und Umgebung im Laufe der letzten Jahre ein gewaltiger umfassender Zusammenschluß vollzogen. Der Konsumverein Barmwärts hat sich mit seinen 90 000 Mitgliedern zu einem großen leistungsfähigen Bezirkskonsumverein entwickelt, der sich heute auf den größten Teil Ost Sachsens erstreckt.

So spiegelt nicht nur die Dresdener Gewerkschaftsbewegung, sondern die Dresdener Arbeiterbewegung überhaupt, von Einzelheiten abgesehen, die Entwicklung der großen deutschen Gewerkschafts- und Arbeiterbewegung wider. Gut und stark organisiert, aktiv und schlagkräftig in allen ihren Teilen, kampfesfreudig und kampfesmutig, so grüßt die Dresdener Arbeiterschaft die Abgeordneten der deutschen Kollegen zum Verbandstage. Möge die Tagung in Dresdens Mauern getragen sein von dem Organisations- und Kampfeswillen, der in jeder Entwicklungsstufe der Dresdener Arbeiterbewegung erkennbar ist, möge sie getragen sein vom Willen zur aufbauenden Arbeit und folgerichtigen Entwicklung, möge von ihr ausgehen die Kraft zu neuer Arbeit, wie sie bestimmt und verheißungsvoll Clara Müller-Jahns in den folgenden Zeilen zum Ausdruck bringt:

„Nur wer sich regt, dem wird es glücken,
Die Freiheit hat, wer sie sich schafft —
Scheut das Haupt! Auf eurem Rücken
tragt ihr die Welt. Ihr seid die Kraft!“

Zum wirtschaftlichen Wiederaufbau

nahm der Internationale Gewerkschaftskongress einstimmig folgende Resolution an:

„Am Augenblick, wo die in Genoa versammelten Vertreter der Regierungen die Mittel ausfindig zu machen suchen, um die wirtschaftliche Reorganisation Europas zu sichern und wo sie unter dem Druck der Laifachen die Notwendigkeit einer neuen internationalen Politik und der Wiederherstellung normaler Beziehungen zwischen den Völkern anerkennen, hat der Internationale Gewerkschaftsbund eine Konferenz zusammenberufen, um auch die Stimme der Arbeiterschaft hören zu lassen, ohne deren Mitarbeit das von allen Völkern geforderte Werk des Wiederaufbaues nicht in Angriff genommen und durchgeführt werden kann.“

Die gegenwärtige Wirtschaftskrise deckt die nach dem Kriege begangenen Fehler auf. Sie ist das Resultat des wirtschaftlichen Nationalismus und Imperialismus und der dauernden Verkennung der Laifache der gegenseitigen materiellen und moralischen Abhängigkeit der Völker. Diese Fehler werden verschärft durch die Wirkungen der Spekulation, durch den Umstand, daß sich die Produktion nicht nach den Bedürfnissen richtet, und durch die Entwicklung eines Finanzkapitalismus, der, ohne direkt an der Produktion beteiligt zu sein, immer größere Macht über die gesamte Weltwirtschaft ausübt. Bei durch die Umstände begünstigte Nationen die Solidarität vergaßen, die ihr Schicksal tatsächlich an dasjenige der durch den Krieg verarmten Nationen bindet, ist die gewaltige Ungleichgewichtsverteilung entstanden, die in den reichen Ländern durch die Störung in der Produktion zum Ausdruck kommt, während die erschöpften Nationen nicht einmal in der Lage sind, für die primitivsten Bedürfnisse ihrer Bevölkerung aufzukommen.

Ein derartiger Politik und ein solches System verurteilen sich selbst durch ihre Folgen.

Die Arbeiterkonferenz weist nachdrücklich auf die verhängnisvollen Folgen hin, die diese Lage für die Arbeiterschaft nach sich zieht.

Zu einer Zeit, in der die volle Ausnutzung jeder Arbeitskraft geboten ist, befinden sich ungefähr 10 Millionen Lohnarbeiter arbeitslos und brotlos. Die Herabdrückung der Lebenshaltung der Arbeiterschaft in allen Ländern verschlimmert dort noch die unerträgliche Notlage, in welcher sich die Familien der Erwerbslosen befinden, jetzt aber auch katastrophale Folgen für die Wirtschaft der anderen Länder nach sich. Die Stärkung des wirtschaftlichen Gleichgewichts hat einen derartigen Umfang angenommen, daß die Verarmung einer Nation unmittelbar den Ruin der anderen nach sich zieht.

Die europäische Wirtschaftskrise kann nur durch internationale Zusammenarbeit aller Völker gelöst werden. Die zunehmende Schwächung der Produktion und des Handelsver-

kehrs können nur behoben werden, wenn alle Länder in den Besitz der für die Produktion unerläßlichen Mittel gelangen und damit in die Lage versetzt werden, sich das für den Lebensunterhalt Notwendige zu verschaffen. Das wirtschaftliche Gleichgewicht kann nur wiederhergestellt werden, wenn alle Nationen aufgefordert werden, mit gleichen Rechten und gleichen Pflichten an dieser gemeinsamen Wiederaufbauarbeit teilzunehmen und zur Wiederherstellung des ganzen durch den Krieg und die bis jetzt vorherrschende Politik zerstörten Wirtschaftslebens beizutragen. Die Arbeiterkonferenz ist deshalb dafür, daß Rußland ohne Vorbehalt seinen Platz unter den europäischen Nationen wieder einzunehmen hat.

Bezüglich der Mittel zur Einleitung der wirtschaftlichen Reorganisation Europas erinnert die Konferenz an die auf dem Internationalen Gewerkschaftskongress in London (November 1920) gefaßten Beschlüsse und weist in erster Linie auf die Balutafage und die Frage der Verteilung der Rohstoffe hin.

Die gegenwärtige Ungleichgewichtsverteilung auf dem Gebiete der Währungen, die nie dagewesene Formen angenommen hat und es den Ländern mit schlechter Wäluuta unmöglich macht, sich aus eigenen Kräften zu erholen, kann nur durch eine solidarische Aktion aller Nationen behoben werden.

Die gewaltige Schuldenlast der europäischen Staaten verhindert die Wiedergesundung der Weltwirtschaft. Vorbedingung für diese Gesundung ist die gegenseitige Annullierung der seitens der europäischen Staaten während des Krieges eingegangenen Schulden. Es ist unbedingt notwendig, die Gewährung von Krediten ins Auge zu fassen auf Grund einer internationalen, durch die Hilfsquellen aller europäischen Nationen garantierten Anleihe, die vom Völkerbund organisiert und dessen Erfolg unter seiner Kontrolle dazu verwendet werden soll, den verarmten Staaten die Mittel zur Wiederaufnahme ihrer normalen industriellen und kommerziellen Tätigkeit zu verschaffen.

Daneben hält die Konferenz eine Prüfung und sofortige Lösung der Probleme für unerläßlich, die auf dem europäischen Wirtschaftsleben lasten. Die finanzielle Verwirrung kann nicht ohne Verringerung der in der Reparationsfrage verfolgten Politik in Ermägung gezogen werden. Sie verlangt auf Grund des vom Kongress des Internationalen Gewerkschaftsbundes in Amsterdam im März 1921 aufgestellten Programms die Revision der Reparationsbestimmungen.

Dieses Programm verurteilt die Regelung der Reparationsfrage durch Geldzahlungen und die Illusionen derjenigen, welche in einer Anhäufung von Milliardenforderungen das Mittel gefunden zu haben glauben, um Deutschlands Verpflichtungen festzustellen. Sie erklärt, daß die einzige Lösung, die zu einem schnellen Wiederaufbau führen kann, diejenige ist, welche sich auf die Zusammenarbeit aller Völker gründet und welche die Last der Reparationen auf die Schultern der Besiegten, nicht auf die der Arbeiterklasse legt. Soll der Wiederaufbau erfolgreich in Angriff genommen werden, so darf man sich nicht auf die Hilfsquellen eines Landes beschränken. Die Regelung der Reparationen muß international sein. Sie soll nicht nur die Hilfsquellen Deutschlands in Rechnung stellen, sondern auch alle anderen Völker zur Mitarbeit heranziehen.

Um die Deutschland auferlegten Lasten auf ein vernünftiges Maß zurückzuführen, ist es ferner erforderlich, daß die Ententemächte auf die Erstattung der Summen für die Kriegsenten sowie auf die militärische Befestigung und die Sanktionen verzichten.

Aber die Lösung der gegenwärtigen Wirtschaftskrise hängt nicht allein von einer Finanzoperation ab, auch wenn sie noch so großen Stills ist. Es ist unbedingt notwendig, neben der Schaffung internationaler Kredite eine internationale Kontrolle der Verteilung der für Industrie und Landwirtschaft wichtigsten Rohstoffe einzuführen, und zwar zu dem Zwecke, den Kauf und Verbrauch der Rohstoffe dem Bereich der privaten Spekulation zu entziehen, sowie die Frachtenpreise international zu regeln, zu dem Zwecke, die Interessen von Export und Import in Einklang zu bringen.

Die Lösung des Rohstoffproblems ist untrennbar von den finanziellen Maßnahmen, die zur Behebung der Balutakrise zu ergreifen sind.

Das Gleichgewicht zwischen den bestehenden Geldwerten kann nicht wiederhergestellt werden, wenn sich nicht alle Nationen zu einer Regelung der Produktion entschließen, die gewährleistet, daß die Rohstoffe besitzenden Nationen die industrielle Lage der armen Nationen nicht immer schwieriger gestalten und es diesen unmöglich machen, zu konkurrieren. Eine derartige Lösung kann nur verwirklicht werden, wenn alle Länder in die Lage versetzt werden, intensiv zu arbeiten, um auf diese Weise für die gelieferten Rohstoffe und Fabrikate mittels ihrer Arbeit einen Gegenwert bieten zu können.

Diese allgemeinen Maßnahmen, die zu vervollständigen wären, indem der Ausbeutung noch nicht zugeführte oder unvollkommen betriebene Ländereien und Bergwerke von einem internationalen Konzern ausgebeutet werden, würden Europa die Möglichkeit bieten, den Prozeß von Produktion und Austausch zu regeln und durch eine rationelle Verwendung der Arbeitskräfte der verschiedenen Länder Arbeitslosigkeit nach Möglichkeit zu vermeiden.

Nur die oben erwähnten Mittel lassen hoffen, daß die übertriebene Schutzpolitik endgültig verschwindet.

Diese Schutzpolitik ist eine der wichtigsten Ursachen, die die Verarmung der Lebenshaltung, die Herabsetzung des Lebensniveaus der Arbeiter, die Verminderung ihrer Produktivkraft und die Demoralisierung des Proletariats durch die Wirkungen der immer mehr anwachsenden Arbeitslosigkeit verschulden.

Das zu erstrebende Ziel ist demnach:

1. die Schwierigkeiten zu beseitigen, die durch die Länder mit schlechtem Wechselkurs in der Beschaffung der für ihre Industrie unbedingt notwendigen Rohstoffe zu kämpfen haben, um den inneren Konsum decken zu können und in der Lage zu sein, mit anderen Ländern in Handelsverkehr zu treten und so ihre Finanzen auf eine gesunde Grundlage zu stellen;
2. dem wirtschaftlichen Imperialismus, dessen Konsequenzen sich in der gegenwärtigen Krise zeigen, sowie den Gefahren, die er für den Frieden in sich schließt, ein Ende zu setzen;
3. die verschiedenen Nationen dazu zu bringen, im eigenen Lande und unter sich die Produktionen so zu organisieren, daß es möglich sein wird, sie mit den bestehenden

Bedürfnissen in Einklang zu bringen und die möglichste Ent- wicklung und Ausnutzung der natürlichen Hilfsquellen zu er- zielen, was nur erreicht werden kann, wenn alle Völker in die Lage versetzt werden, ihre Arbeitskräfte voll einzusetzen. Die internationale Arbeiterbewegung gibt der Ansicht Aus- druck, daß diese Maßnahmen wichtig sind, um die gegenwär- tige Krise zu bekämpfen und daß ihre Verwirklichung nicht mehr aufgeschoben werden kann.

Die Konferenz spricht die einmütige Ueberzeugung der Arbeiterorganisationen aus, daß die Abrüstung unumgäng- liche Vorbedingung für den wirtschaftlichen Wiederaufbau Europas ist.

Es ist im höchsten Maße beklagenswert, daß nach dem furchtbaren Blutbad des Krieges und trotz der Entwaffnung Deutschlands der Gesamtbestand der stehenden Heere in Europa sich heute auf 4 700 000 Mann gegenüber 3 700 000 vor dem Weltkrieg beläuft.

Das bedeutet eine schwere und unproduktive Belastung der Völker und beeinträchtigt den Wiederaufbau der Ruinen, die der Krieg hinterlassen hat. Die Verminderung der Rüstungen ist eine der leidenschaftlichsten Forderungen der Völker, nicht allein wegen der Vernichtung von Kräften und Werten, die sie mit sich bringt, sondern auch wegen der schweren Gefährdung des Friedens, die sie bedeutet.

Die Konferenz bedauert, daß die Frage der Abrüstung nicht auf der Tagesordnung der Konferenz der Regierungen steht.

Sie nimmt Kenntnis davon, daß diese Frage der vom Völkerbund eingesetzten besonderen Kommission unterbreitet wurde, und von dieser bereits bearbeitet wird. Sie fordert, daß die Regierungen sich verpflichten, die Arbeiten dieser Kommission zu unterstützen und alle erforderlichen Maß- nahmen zu ergreifen, um ihren Erfolg zu sichern und auch hierdurch den wirtschaftlichen Wiederaufbau des erschöpften Europas zu fördern.

Dieser Wiederaufbau kann nur durch den Frieden ge- sichert werden und wird nur dann von Wert sein, wenn da- durch endlich Beziehungen zwischen den Völkern hergestellt werden, welche diese in einem gemeinsamen Werte vereinigen, das den durch den Krieg und die neuen Konfliktursachen geschaffenen Haß zum Schwenden bringt. Aus demselben Grunde wendet die Arbeiterkonferenz in Genua sich gegen die vom Kapitalismus gemachten Versuche, das zu unter- nehmende internationale Werk in seinem eigenen Interesse mit Beschlag zu legen. Die Tatsache, daß in den reichen Ländern gebildete Syndikate, Trusts und Konsortien sich der Unternehmungen der verarmten Teile Europas bemächtigen, würde zwischen diesen Nationen neuen wirtschaftlichen Wett- bewerb zur Folge haben.

Die Arbeiterbewegung kann eine solche Lösung zugunsten des Kapitalismus, dessen Verantwortlichkeiten in der gegen- wärtigen Krise offensichtlich sind, nicht annehmen.

Sie kann auch nicht zulassen, daß die geplante wirt- schaftliche Reorganisation als Vorwand benutzt wird, um die von der Arbeiterklasse erlangenen Vorteile zu schmälern und insbesondere die Konvention über den Achtstundentag oder die Achtundvierzigstundentage abzuändern.

Die Arbeiter sind bereit zur Mitarbeit an dem in Genua begonnenen Werk. Sie wünschen mit aller Kraft den Frie- den zu sichern, das Elend, unter dem die Völker leiden, zu beenden und den höchsten Interessen der Menschheit zu die- nen. Sie werden aber unter keinen Umständen zugeben, daß dieser Wiederaufbau ihre Interessen beeinträchtigt und die schon bestehende Notlage noch verschlimmert.

Dem Kongreß wohnten Vertreter der angeschlossenen Landeszentralen aus folgenden Ländern bei:

Deutschland (12 Vertreter für 8 000 000 Mitglieder des ADGB, und des ADL-Bundes, darunter rund 2 Millionen Frauen), England (10 Vertreter für 6 000 000 Mitglieder), Deutschösterreich (1 Vertreter für 1 000 000 Mitglieder, dar- unter 215 175 Frauen), Belgien (6 Vertreter für 718 410 Mitglieder), Bulgarien (1 Vertreter für 4 000 Mitglieder, darunter 790 Frauen), Dänemark (8 Vertreter für 279 255 Mitglieder, darunter 43 830 Frauen), Spanien (2 Vertreter für 240 113 Mitglieder), Frankreich (7 Vertreter für 1 500 000 Mitglieder), Ungarn (2 Vertreter für 152 441 Mitglieder, darunter 22 245 Frauen), Italien (7 Vertreter für 2 055 773 Mitglieder), Lettland (1 Vertreter für 30 000 Mitglieder, dar- unter 1954 Frauen), Luxemburg (2 Vertreter für 27 000 Mitglieder), Holland (9 Vertreter für 216 581 Mitglieder, darunter 12 796 Frauen), Polen (3 Vertreter für 403 138 Mitglieder, darunter 25 466 Frauen), Schweden (8 Vertreter für 277 242 Mitglieder, darunter 26 142 Frauen), Norwegen (1 Vertreter für 150 000 Mitglieder), Schweiz (6 Vertreter für 223 583 Mitglieder, darunter 43 334 Frauen), Tschecho- slowakei (7 Vertreter für 750 000 Mitglieder, darunter 182 351 Frauen), Jugoslawien (1 Vertreter für 25 000 Mit- glieder) im ganzen 94 Vertreter, darunter 7 Frauen, für 19 Landeszentralen mit 22 652 541 Mitgliedern. Außerdem nahmen teil die 5 Mitglieder des Bureaus, über 30 Mit- glieder von rund 20 internationalen Berufssekretariaten, je- doch ohne Stimmrecht, sowie als Gäste u. a. Vertreter des internationalen Arbeiterinnenbundes und des internationalen Arbeitsamtes in Genf.

Material für Betriebsräte

Betriebsversammlung. Auch wenn mindestens ein Viertel der wahlberechtigten Arbeitnehmer vom Vor- sitzenden des Betriebsrates die Einberufung einer Be- triebsversammlung verlangt, ja ist dieser doch nicht ver- pflichtet, dem Verlangen nachzukommen, wenn sich das Ver- langen darauf erstreckt, daß der Betriebsrat der Betriebs- versammlung Mitteilungen, die ihm vertraulich gemacht wurden, offenbaren soll. (Verl. Reichsarbeitsrat. 4. 4. 21. Betriebsrätezeitung 1922, Nr. 1. Seite 14.)

Betriebsversammlung. Der Arbeitgeber braucht, selbst wenn er seine Zustimmung zur Abhaltung der Betriebsversammlung während der Arbeitszeit erteilt hat, den dadurch entstandenen Lohnausfall nicht zu tragen. („Schlichtungsweiser“, 3. Jahrgang Nr. 8 S. 169.)

Betriebsversammlung. Eine grobe Beleidigung eines Meisters in einer Betriebsversammlung durch einen Arbeiter, bedeutet keine grobe Beleidigung eines Vor- gesetzten im Sinne des § 123, Ziffer 5 GG. Denn dazu ist

eine Beleidigung innerhalb des Betriebes erforderlich; eine Betriebsversammlung aber ist eine private Veranstaltung der Arbeitnehmererschaft. (Mitteilungsblatt Schlichtungsaus- schuß Groß-Berlin, 2. Jahrgang Nr. 14 S. 219.)

Arbeitsdauer und Abberufung. des Betriebsratsvor- sitzenden. Es scheint dem Gedanken der Selbstverwaltung am meisten zu entsprechen, wenn Vorsitzende und Ausschuß für die Arbeitsdauer des Betriebsrates gewählt werden, durch eine entsprechende Bestimmung in der Geschäftsordnung aber das Recht zur jederzeitigen Abberufung festgesetzt wird. (Bescheid des Reichsarbeitsministers 29. 5. 20 I. A. 1643.)

Sitzung des Betriebsrates. Es ist notwendig, daß die Betriebsräte vor der Sitzung die Tagesordnung unter sich eingehend besprechen und zur Begründung eventueller Anträge den Redner bestimmen. Im Beisein des Arbeit- gebers muß der Betriebsrat geschlossen auftreten, und sollen Meinungsverschiedenheiten unter den Betriebsratsmitgliedern nicht zum Ausdruck kommen.

Sitzung des Betriebsrates. Verkehr mit dem Arbeit- geber. Auch in solchen Sitzungen, in denen der Ar- beitgeber teilnimmt, muß der Vorsitzende des Betriebsrates den Vorsitz führen. Das gebietet einfach das Selbstbewußt- sein der organisierten Kollegen, die dem Betriebsrat an- gehören.

Der Betriebsrat muß in seinem Verkehr mit dem Arbeit- geber wie dem vorgeordneten Beamten eine Haltung einnehmen, die zum Ausdruck bringt, daß Vertreter organisierter Ar- beiter in Frage kommen, deren Organisation einen Macht- faktor darstellt und die einen Anspruch darauf erheben, ein entsprechendes Entgelt zu empfangen. Der Betriebs- rat soll in seinem Auftreten, bei Verhandlungen usw. selbst- verständlich Formen wählen, die als unbeantstandet gelten. Wie der Arbeiter Anspruch darauf erhebt, vom Arbeitgeber höflich und einwandfrei behandelt zu werden, so gilt natürlich für ihn das gleiche gegenüber dem Arbeitgeber und seinen Or- ganen. Nicht im rauhen Ton und Bort drückt sich die Ver- tretung einer machtvollen Organisation der Arbeitererschaft aus, sondern im ruhigen, sicheren Auftreten und in klarer Begründung dessen, was man will und was die Arbeiter- schaft zu beanspruchen hat.

Thüringer Mühlen.

Die Lohnbewegungen in den Thüringer Mühlen ge- stalten sich oft sehr interessant. Die Mühlen Groß- Thüringens sind in Mühlenvereinigungen nach den be- stehenden Kommunalverbänden der früheren Thüringer Staaten vereinigt und diese sind wieder zusammengeschlossen in der Interessengemeinschaft Thüringer Mühlen, wo auch die Mühlen des Regierungsbezirks Erfurt dazu gehören. Jede Mühlenvereinigung hat einen Geschäftsführer und die Interessengemeinschaft ebenfalls, letzterer hat seinen Sitz in Erfurt. Die letzte Lohnbewegung wurde durch beiderseitige Verhandlungen geführt und auch erledigt, es wurde verein- bart, daß die Löhne nur für April gelten. Am 25. April reichten wir die Forderungen für Mai ein, welche dieselben waren, wie für ganz Mitteldeutschland. Die Interessen- gemeinschaft Thüringer Mühlen antwortete unterm 8. Mai folgendes:

„Antwärtlich Ihrer Zuschrift vom 25. vorigen Monats, betreffend Lohnforderungen, erwidern wir, daß die darin bekanntgegebenen, völlig aus dem Rahmen zulässiger For- derungen fallenden neuen Lohnforderungen es von vorn- herein ausschließen, in Verhandlungen einzutreten. Wir müssen es daher ablehnen, Ihrem Wunsch zur Annahme von Verhandlungen zu entsprechen.“

Also glatte Ablehnung von Verhandlungen, was übrigens die Antwort der Mühlenindustrie von ganz Mittel- deutschland war. In Dresden und Halle hat man uns das- selbe geantwortet und mußten wir auch die Schlichtungs- ausschüsse anrufen. Während bisher der Schlichtungsaus- schuß Halle sich immer dem in Dresden anschlöß, hat man leider jetzt erkannt, daß in Sachen diesmal die Verhältnisse anders liegen wie im Regierungs- bezirk Merseburg und hat einen anderen Schieds- spruch gefällt. In Halle hat der Vertreter des Arbeitgeberverbandes vor dem Schlichtungsausschuss er- klärt, daß die Reichsindizes nachweisen, daß der Re- alwert wie Sachsen und Thüringen. Bei den Verhandlungen nun in Weimar vor dem Schlichtungsausschuss haben die Mühlen denselben Vertreter als unabhängigen Zeußer mit- gebracht. Derselbe Herr sollte nun in Thüringen wohl be- weisen, daß es nicht teurer sei wie in Halle, folgedessen auch der Dresdener Schiedspruch nicht in Frage kommen könnte. Der Schlichtungsausschuss hat nun die Verhältnisse der Mühlen in Sachsen, Regierungsbezirk Merseburg und vor allem Magdeburgs herangezogen und für Thüringen die Mitte genommen. Interessant war ja, daß der Herr Stadtrat Wender, Erfurt, dem Schlichtungsausschuss be- greiflich machen wollte, daß wir für den Monat Mai über- haupt nichts zu verlangen hätten, da der Tarif eine monat- liche Kündigung der Löhne vorsieht und diese von uns nicht eingereicht sei.

Der Schlichtungsausschuss mußte aber dem Herrn er- klären, daß doch das letzte Lohnabkommen, von beiden Par- teien unterzeichnet, nur bis 30. April lautete, folgedessen eine Kündigung nicht in Frage kommen könnte. Dieser Herr hat überhaupt eine kolossale Begabung in Nichtanerkennung der Arbeiterinteressen. Er führt bei jeder Verhandlung das Wort, und wenn dann etwas vereinbart wird, erklärt er, daß für die Erfurter Mühlenvereinigung das nicht in Frage kommt. Es muß dann jedesmal mit der Erfurter Mühlen- vereinigung vor dem Erfurter Schlichtungsausschuss neu verhandelt werden. Er will ja nur bezwecken, die An- gelegenheit immer hinauszuschieben. Den Herrn müssen wir uns einmal bei passender Gelegenheit extra vor- nehmen.

Die Kollegen in Thüringen müssen nun überall den Lohn ab 1. Mai rückwirkend verlangen, wie er ihnen durch Rundschreiben bekanntgegeben wurde.

Für Juni sollen sofort neue Verhandlungen stattfinden. Der Schlichtungsausschuss hätte sich auch mit der Frage be- schäftigt und uns gleich Löhne für Juni zugesprochen, aber beide Parteien sollen erst in Verhandlungen treten. Bedeut eine Partei Verhandlungen ab und beantragt die andere Verhandlungen, so wird sich der Schlichtungsausschuss sofort mit der Sache beschäftigen.

An den Mühlenarbeitern Thüringens liegt es, dafür zu sorgen, daß derartige Verschleppungstaktiken von seiten der Unternehmer sich nicht dauernd wiederholen. Die Differenzen in den Geraer Mühlen sollen nun erledigt werden, es wurde uns von dem Vertreter der Interessengemeinschaft auch wieder erklärt, daß es nun feststeht, daß die mündlichen Vereinbarungen so lauteten, daß der damals gewährte Vor- schuß nicht verrechnet werden solle. Wenn die beiden Geraer Mühlen in den nächsten Tagen nicht bezahlen, so werden wir andere Schritte unternehmen.

Obstweinfeldereien Mitteldeutschlands.

Die Lohnverhandlungen mit den Obstweinfeldereien Mitteldeutschlands sind mit die schwierigsten von allen Be- rufen. Nachdem im Frühjahr 1920 die Vereinigung der Obst- und Beerenweinfeldereien Mitteldeutschlands gegründet wurde, fanden Verhandlungen statt zwecks Abschluß eines Tarifvertrages. Dieselben waren sehr schwierig, da bisher die Tarife mit dem Verband der Obstverwertungs- und Konservenindustrie und dem Fabrikarbeiterverband abge- schlossen waren, welche auf einer anderen Grundlage auf- gebaut sind.

Nachdem der Tarif zustande gekommen war, wurden die Lohnverhandlungen dauernd zentral geführt. Die letzten waren im April und wurde gleich vereinbart, daß für Mai neue Verhandlungen stattfinden. Ende April reichten wir die Forderungen ein und fanden dann die ersten Verhand- lungen am 2. Mai statt. Die Herren brachten da ein An- gebot von 100 Mk. Zulage pro Woche und für die Ar- beiterinnen pro Stunde 75 Pf. Das Angebot wurde ab- gelehnt und der Schlichtungsausschuss Leipzig angerufen. Hier versuchten nun die Herren, wie immer, zu beweisen, daß höhere Löhne nicht bezahlt werden könnten, wegen der niederen Löhnen der anschließenden Bezirke, welche dadurch billigere Waren liefern könnten und die mitteldeutschen Firmen ausschalten würden. Außerdem würde in der Konservenindustrie auch nicht mehr bezahlt, und die meisten Mitglieder der Vereinigung der Obstweinfeldereien seien auch in der Konservenindustrie Mitglied, da sie meistens Mar- melade mit herstellen. Es ginge nicht an, daß in der einen Abteilung höhere Löhne bezahlt werden wie in der anderen. Nachdem eine Einigung nicht zustande kam, fällte der Schlichtungsausschuss einen Schiedspruch, wonach für alle Wochenlöhne eine Zulage von 210 Mk. und für die Stundenlöhne eine Zulage von 3 Mk. pro Stunde erfolgen mußte. Wir nahmen den Schiedspruch an, die Arbeitgeber lehnten denselben ab. Nachdem eine Verbindlichkeitsklärung von uns beantragt war, fanden nochmals zwischen beiden Parteien Verhandlungen statt, und hier erklärten sich die Arbeitgeber bereit, den Schiedspruch anzunehmen, wenn die Löhne, welche ab 1. Mai rückwirkend Geltung hatten, auch für Juni von uns anerkannt werden. Nachdem wir uns geeinigt, daß nach dem 15. Juni wieder neue Verhand- lungen stattfinden, nahmen wir den Beschlag an.

Inzwischen versuchte man aber in dem größten Betrieb, in Röttha, die Angelegenheit auf ein anderes Gebiet zu schieben. Dort wurden vor Pfingsten Ueberstunden zu leisten verlangt. Die Arbeiter hatten dem auch zugestimmt, nachdem aber die Herren den Schiedspruch ablehnten und die Sache über Pfingsten hinaus verzögern wollten, erklärten die Arbeiter, keine Ueberstunden zu leisten, bezor nicht die Lohnfrage geregelt sei. Darauf wurden alle für entlassen erklärt, die keine Ueberstunde leisteten. Die Arbeiter und Arbeiterinnen erklärten sich darauf solidarisch und der Be- trieb stand still.

Die Direktion glaubte immer, die Arbeiter wären sich nicht einig, hier ist aber einmal der Beweis geliefert wor- den. Nachdem das feststand, wurde schnell eine Einigung erreicht, so daß die Arbeiter wieder geschlossen in den Be- trieb gingen und die Lohnverhandlungen wurden dann zentral geregelt.

Aber es muß hier einmal ausgesprochen werden, daß gerade in dieser Industrie, welche nach dem Krieg erst zu der heutigen Blüte aufwuchs, mit die niedrigsten Löhne bezahlt werden. Ein großer Teil der Betriebe sind Zwergbetriebe, wo ein oder zwei Arbeiter beschäftigt werden, die dadurch für die Organisation schwer zu gewinnen sind. Ein Teil hat alle möglichen anderen Produktionszweige angegliedert, so daß reine Feldereien fast nicht zu verzeichnen sind. Vor allem wird immer was gegenüber mit den niederen Löhnen in Schlesien, besonders in Liegnitz, operiert. Dort muß eben versucht werden, die Kollegen unserer Or- ganisation zuzuführen und auch die Löhne in die Höhe zu bringen. Auch in Mitteldeutschland selbst sind viele Feldereien, welche Mitglied der Arbeitgebervereinigung sind und die Löhne nicht bezahlen. Es müssen unsere Kollegen allerorts ein scharfes Auge auf die Betriebe haben und die Arbeiter für unsere Organisation gewinnen.

Bewegungen in Bernbe.

Bräuereien, Bierneidertagen.

† Bülow i. B. Die Kollegen der hiesigen Bräuerei haben die Arbeit niedergelegt, weil mit den Hungerlöhnen, Wochen- löhne von 330 Mk. für Familienväter, kein Mensch mehr aus- kommen kann. Der Unternehmer, der diese Hungerlöhne zahlt, ist Hauptmann a. D. Für sich hat er aber ein Auto gekauft und sieht ruhig zu, wie seine Leute zugrunde gehen. Kollege Jaeste, Köslin, versuchte am 28. Mai mit dem Be- sizer zu unterhandeln, was aber von dem Hauptmann a. D. abgelehnt wurde. Darüber erstattete Kollege A. Bericht in einer Versammlung der Kollegen und forderte sie auf, nicht von der gerechten Forderung abzuseichen und sich auch nicht vor dem Herrn Hauptmann a. D. arcuella machen zu lassen, indem er die Schutzpolizei auffordert, die Streikposten zu vertreiben. Zwei Streikbrecher hat der „Landbund“ ge- liefert, aber deshalb werden sich die Kollegen nicht irre machen lassen. Liebt Solidarität, bis der Herr Haupt- mann a. D. jugendlicher wird.

verschiedene Betriebe.

Gelsenkirchen. Streik bei der Firma Schulte im Hofe Nachflg. Inh.: Jos. Möller in Gel- senkirchen. Schulte im Hofe ist für Gelsenkirchen eine wohlbekannte Firma. Der frühere Inhaber hatte immerhin einiges Verständnis für die Not der Arbeiter. Anders der heutige Inhaber. Das alte Firmenschild ist wohl geblieben,

über der Geist, der heute dort herrscht, ist ein neuer. Der Herr Müller (jetziger Inhaber), der das "Glück" hatte, während und nach dem Kriege ein steinreicher Mann zu werden, kann von den schlimmsten Arbeitgebern nicht übertrumpft werden. Ein dicker Sack könnte man auch über die Behandlung der Arbeiter schreiben. Daß es auch für die Arbeiter ein Gesetz und Recht gibt, will man bei dieser Firma nicht anerkennen. Brutal sieht man sich über alles hinweg. Bis jetzt scheinen die maßgebenden Behörden von der Existenz der "neuen Firma" keine Kenntnis zu haben, denn dann müßten sie sich schon darum gekümmert haben. Die Organisation wurde bis vor kurzem möglichst aus dem Betrieb gehalten. Man mußte zu genau, daß, wenn die Organisation mal festen Fuß gefaßt hat, ist es mit der Selbstherrlichkeit vorbei.

Heute besteht der Betrieb aus einer Brennererei und einer modernen gebauten Mühle. Man sollte glauben, wo soviel Geld vorhanden ist, wird auch den Arbeitern der tarifmäßige Lohn gezahlt. Die Bezahlung der Arbeiter geschieht jedoch nach Gutdünken der Firma. Nicht vielleicht nach oben hin, sondern recht weit unter dem ortsüblichen Satz. Unsere Organisation verliert nun schon seit drei Wochen die Anerkennung des Tarifes für das Mühlen-gewerbe. Nicht nur, daß die Firma zu einer Verhandlung nicht geneigt ist, auch auf verschiedene Schreiben erhalten wir keine Antwort. Jeder Arbeitgeber, mag er so reaktionär sein wie er will, verhandelt heute mit den Arbeiter-organisationen, oder er gibt wenigstens Antwort auf schriftliche Eingaben. Bei dieser Firma gibt es so etwas nicht. Auf die's prophize Verhalten, auf Forderungen der Arbeiter keine Rücksicht zu geben, haben Freitag sämtliche Arbeiter die Arbeit eingestellt.

Es geht jetzt um die Machtprobe. Herr Müller glaubt, sein Geld wird über die Arbeiter den Sieg davontragen. Wir können nur verraten, daß sich Herr Müller auch mal irren kann. Bisher waren die Differenzen noch immer gut abgelaufen, das heißt für die Firma. Einmal muß es zum Austrag kommen. Die Arbeiterkassier in ihrer Gesamtheit wird geschlossen gegen die Willkür eines Herrn Müller in die Schranken treten.

Kollegen Mühlenarbeiter und Brennerarbeiter draußen im Lande, hebt acht auf diese Firma. Laßt euch nicht verleiten, bei dieser Firma Arbeit anzunehmen.

Rundschau

Aus Industrie und Beruf

Mitgliederentwicklung im Verbands. Die Mitgliederzahl stieg zum Schluß des Jahres 1921 bis Schluß des 1. Quartals 1922

von 74 912 auf 76 655 männliche, von 5 840 auf 6 357 weibliche

mühen von 80 752 auf 82 982 insgesamt.

Die Zunahme beträgt demnach 1743 männliche, 497 weibliche, insgesamt 2240 Mitglieder.

Kollegen, männlichen und weiblichen Geschlechts: Halten wir dieses Tempo in der Aufwärtsentwicklung des Verbandes ein und machen wir es zu überreifen. Wir können es sehr leicht, wenn alle mithelfen!

Die Biersteuer erbrachte in den zwölf Monaten April 1921 bis März 1922 die Summe von 342 634 095 Mfr., gegen 155 063 022 Mfr. in den zwölf Monaten des Jahres vorher. Mehrerlösen waren 187 571 073 Mfr., und gegenüber dem Voranschlag im Reichshaushaltplan von 165 Millionen Mark ein Mehr von über 177 Millionen Mark. Interessant ist die Entwicklung des Steuerertrags in den einzelnen Monaten:

Table with 4 columns: Monat, 1921/22 Mfr., 1920/21 Mfr., 1921/22 mehr Mfr. Rows include April, Mai, Juni, Juli, August, September, Oktober, November, Dezember, Januar, Februar, März, and Zusammen.

Aus der Gewerkschaftsbewegung

Zunahme in den Gewerkschaften. Der Tabak-arbeiterverband hat die Beiträge durch Abschaffung ab 1. Juni um 10% herabgesetzt.

bis 125 Mfr. Wochenverdienst 2 Mfr.

30 - 4 -

35 - 5 -

40 - 6 -

45 - 7 -

über 60 - 12 -

Die Gewerkschaften sind nach Abschaffung der Abgabe geacht und beträgt bei einem

Verdienst von 2 4 6 8 10 12 Mfr.

pro Woche 30 60 90 120 150 180 Mfr.

Angedem für jedes unterhaltungsunfähige Kind unter 14 Jahren 6 Mfr. pro Woche.

Der Verband der Gläubiger besteht auf seinem Verbandsstag in Halberstadt folgende Beiträge:

bis 200 Mfr. Sachverwalter 4 Mfr.

50 - 6 -

70 - 8 -

100 - 10 -

150 - 12 -

200 - 16 -

und bei je 120 Mfr. Repräsentanten 2 Mfr. Beitrag mehr. Lehrlinge und Arbeiter 1 Mfr. Die Streikunterstützung ist abhängig von pro Tag:

Beitrag 4 6 8 10 12 14 16 18 Mfr.

nach 2 Wochen 10 15 20 25 30 35 40 45

nach 3 Wochen 15 21 27 33 39 45 51 57

nach 4 Wochen 20 28 36 44 52 60 68 76

nach 5 Wochen 25 34 43 52 61 70 79 88

Im Verband der Buchbinder betragen nach Be-schluss des Verbandstages in Staffel die Beiträge vom 1. Juli ab bei einem Stundenverdienst

bis 5 über 5 8 12 16 Mfr. Beitrag 4 6 10 14 18 Mfr.

Die Streikunterstützung beträgt pro Woche:

Table with 5 columns: Beitrag, 4, 6, 10, 14, 18 Mfr. Rows include nach 26 Wochen, nach 52 Wochen, nach 156 Wochen, nach 260 Wochen, nach 520 Wochen.

Außerdem kann für jedes Kind unter 14 Jahren, dessen Ernährer der Streikende ist, eine Unterstützung von 5 Mfr. pro Tag, die Woche zu 6 Tagen gerechnet, gezahlt werden. — Frauen, die in Ehegemeinschaft leben, haben keinen Anspruch auf Unterstützung für ihre Kinder. — Die Unter-stützung darf insgesamt drei Viertel des bei regelrechter Arbeitszeit erzielten Wochenverdienstes nicht übersteigen. —

Mitglieder, die bei Beginn des Streiks weniger als 26, aber mindestens 13 Wochenbeiträge entrichtet haben, können drei Viertel, und Mitglieder, die bei Beginn des Streiks weniger als 13 Beiträge entrichtet haben, können die Hälfte der Gesamtunterstützung bekommen, die für Mit-glieder mit 26 Wochenbeiträgen bestimmt ist. — Nichtmit-glieder, das heißt solche Kollegen und Kolleginnen, die nicht mindestens am Tage vor Beginn des Streiks in unseren Verband eingetreten sind, können keine Unterstützung be-kommen.

Eine Konferenz der Gau- und Ortsvorstände des Transportarbeiterverbandes am 23. Mai be-schloß nach dem Vorschlag des Verbandsvorstandes einstimmig, drei weitere Beitragsklassen zu 11, 13 und 15 Mfr. ein-zuführen, und zwar bei einem Wochenverdienst von

750—900 Mfr. 11 Mfr. Beitrag, 900—1050 Mfr. 13 Mfr. Beitrag, 1050—1200 Mfr. 15 Mfr. Beitrag.

Für je weitere angefangene 150 Mfr. Mehrverdienst 2 Mfr. Beitrag mehr. Zu den Grundbeiträgen kommen Min-destersparzulagen von 3 Mfr. in der 15-Mfr.-Beitragsklasse, 2 Mfr. in den 11- und 9-Mfr.-Beitragsklassen, 1 Mfr. in den 7-, 5- und 3-Mfr.-Beitragsklassen, 50 Pf. in der 1,50-Mfr.-Beitragsklasse. Die Streikunterstützung ist im Höchsthalle in der 15-Mfr.-Beitragsklasse, d. h. bei über 60 Wochen Mit-gliedschaft und Beitragsleistung, 480 Mfr. pro Woche. Dazu kommen die Zuschläge für Ehefrau und Kinder. Die neuen Beiträge treten am 1. Juli in Kraft.

Der Verband der Maschinisten und Heizer er-geht pro Mitglied 4 Ertragsbeiträge a 5 Mfr., in Rücksicht auf die gewaltige finanzielle Anspannung des Verbandes.

Verbandsnachrichten

Verbandsrat, Redaktion und Expedition der "Verbands-Zeitung", Berlin O. 27, Schilderstraße 61V. Fernsprecher: Amt Köpenick 273.

Diese Woche ist der 23. Wochenbeitrag fällig.

Mitteilungen der Hauptverwaltung

Achtung, Unterstützungsanzähler!

Mit Beginn der 22. Beitragswoche, ab 27. Mai, ändern sich die Sätze der 1-Mfr., 2-Mfr.- und 3-Mfr.-Beitragsklasse; sie betragen von da ab pro Tag:

Table with 3 columns: Beitragsklasse, 1 Mfr., 2 Mfr., 3 Mfr. Rows include bei Arbeitslosigkeit, bei Krankheit.

Die Unterstützungsanzähler werden ersucht, darauf zu achten, damit keine Überzahlungen er-folgen.

Soweit 26 der erhöhten Beiträge geleistet sind (§ 18 des Statuts), betragen die Unterstützungsätze pro Tag:

Table with 3 columns: Beitragsklasse, 4 Mfr., 5 Mfr., 6 Mfr. Rows include bei Arbeitslosigkeit, bei Krankheit.

Die erhöhten Streikunterstützungsätze, die die Zahlung von 18 erhöhten Beiträgen zur Voraussetzung hat, sind in Nr. 14/22 der "Verbandszeitung" ver-öffentlicht.

Das Protokoll von den Verhandlungen des Verbandstages

wird wegen der hohen Papierkosten nur in benötigter Anzahl hergestellt. Der Preis pro Exemplar wird auf 40—50 Mfr. zu stehen kommen, womit die Selbst-kosten noch nicht gedeckt sein werden. Bestellungen seitens der Zahlstellen und Mitglieder, die ein Pro-tokoll zu beziehen wünschen, müssen

sofort

an den Verbandsvorstand eingereicht werden, wenn sie noch Berücksichtigung finden sollen.

Befehle Stelle

Die Stelle in Oberbadern ist befehlt. Den Be-werbern besten Dank.

Genehmigte Lokalbeiträge

Planca i. B. 2 Mfr. ab 22. Beitragswoche.

Der Verbandsvorstand

Eingänge der Hauptstelle

vom 29. Mai bis 3. Juni

(Postfachkonto der Hauptstelle: Berlin 12079 Brauerei- und Mühlenarbeiter G. u. V. h., Berlin O. 27.) Braunschweig 3700,—; Bismarck 1200,—; Oppeln 5000,—; Schwiebus 2002,65,—; Weissenfels 5000,—; Zwickau 1700,—; Paderborn 1036,—; Lübeck 40,—; B.-Burgdorf 45,30,—; Biele-

feld 10 000,—; Unterweißbach 900,—; Burzen 9000,—; Duisburg 36,—; Berlin 184,—; Altruppin 240,—; Biele-feld 10 000,—; Brandenburg 3000,—; Deßlich 2500,—; Gladbach 1200,—; Gortau 2500,—; Landsberg b. Halle 400,—; Schwiedrich 2795,50,—; Würzburg 10 000,—; Danzig 100,—; Hadmerleben 103,—; Bamberg 5800,—; Kulmbach 15 000,—; Lübben 1500,—; Hameln 5044,—; Elberfeld 36,—; Gera 10 000,—; Ortelsburg 800,—; Riesa 3000,—; Saalfeld 1700,—; Koblenz 36,—; Schwenningen 24,—; Zweibrücken 3000,—; Bad Kösen 1000,—; Eisleben 1000,—; Dramburg 1200,—; Rathenow 4000,— Mfr.

Materialverband

Darmstadt: 20 a 9, 400 a 7, 200 a 6, 400 a 5 Mfr. Neubrandenburg: 80 a 9, Landsberg b. H.: 500 a 9 Mfr. Bernuchen: 100 a 7 Mfr. Gerbahren: 600 a 6 Mfr. Merse-burg: 30 a 8 Mfr. Grünberg: 50 a 8, 1000 a 10, 2000 a 8 Mfr. Elberfeld-Barmen: 100 a 8, 4000 a 7, 500 a 4 Mfr. Wil-helmshaven-Rüstringen: 500 a 10 Mfr. Grabow: 200 a 7 Mfr. Pirnaisens: 20 a 8, 1000 a 10 Mfr. Lübz: 300 a 7 Mfr. Hamm: 2000 a 10, 800 a 7 Mfr. Salungen: 600 a 7 Mfr. Hadmerleben: 2000 a 7 Mfr. Plauen: 1000 a 10 Mfr. Schönebeck: 800 a 7 Mfr. Buchholz: 100 a 6 Mfr. Grimmitzsch: 100 a 12 Mfr. Cöthenberg: 10 a 8, 200 a 5, 200 a 2, 100 a 1 Mfr. Lübeck: 1000 a 7, 500 a 3 Mfr. Apolda: 10 a 8, 500 a 5 Mfr. Bernburg: 600 a 10 Mfr. Bochum: 1000 a 8 Mfr. Darfshemen: 400 a 5 Mfr. Flatow: 400 a 7, 200 a 4 Mfr. Gardelegen: 100 a 2 Mfr. Heiden-heim: 800 a 7 Mfr. Heilbronn: 200 a 4 Mfr. Liegnitz: 200 a 8 Mfr. Cörsach: 20 a 8 Mfr. Frankfurt a. d. O.: 1000 a 7, 1000 a 6 Mfr. Nienburg: 600 a 7, 200 a 5 Mfr. Norden: 400 a 3 Mfr. Osnabrück: 1000 a 10 Mfr. Pflugstadt: 10 a 8 Mfr. Riesa: 10 a 8 Mfr. Schwiebus: 800 a 7 Mfr. Neustettin: 100 a 5 Mfr. Schwiebus: 100 a 1, 400 a 6, 400 a 5, 100 a 4, 100 a 3 Mfr. Speyer: 3000 a 8 Mfr. Straßburg: 400 a 2 Mfr. Trepfow: 100 a 8, 100 a 5 Mfr. Wriezen: 100 a 7 Mfr. Templin: 200 a 4 Mfr. Franzenstein (Schl.): 20 a 8, 200 a 7, 100 a 5 Mfr. Zwickau: 1000 a 12, 100 a 8 Mfr. Dortmund: 100 a 8, 5000 a 6 Mfr. Bremen: 200 a 8, 50 a 8 Hof: 50 a 8.

Aus den Briefen und Zahlstellen

Lübben. Kassierer O. Schulze, Gubener Str. 36. Schwiedrich. Kassierer Rich. Riese. Torgau. Kassierer Otto Albrecht, Schützenstr. 7. Waren. Vorj. Engelhardt, Papenbergstr. 71. Wittstock. (Neue Zahlstelle.) Vorj. und Kass. Biff Schmidt, Köbeler Vorstadt 25.

Rachruf. Nach kurzer schwerer Krankheit starb unter Kollegen, der Kassier Joseph Weigert im Alter von 60 Jahren. Ehre ihrem Andenken. Die Kollegen der Brauereirei Schwenningen a. N.

Rachruf. Durch Unfall verstorben unerwartet unter langjähriges Mitglied, der Kollege Heinrich Brausch. Ein ehrendes Andenken ist ihm gefeiert. Zahlstelle Lübeck.

Rachruf. Es haben die Kollegen: Max Berkenhagen, Böhm. Brausch (Wf.), im Alter von 48 Jahren und Friedrich Bergmann, Maschinenfabrik, (Bagenh. Spandau), 63 Jahre alt. Ehre ihrem Andenken. Zahlstelle Berlin.

Rachruf. Am 12. Mai 1922 verstarb unser Kollege Paul Buchwald, Spritzenfabrik (Reichs-Ron.-Berm.), im Alter von 32 Jahren. Ehre ihrem Andenken! Zahlstelle Berlin.

Unsern Kollegen Franz Hinger und seiner lieben Frau zur überaus hochgeit die herzlichsten Glück-wünsche. Die Kollegen der Zahlstelle Kuttnerwalde.

Unsern Kollegen Oskar Kahnt nebst seiner lieben Frau nachträglich die besten Glückwünsche zur Silber-hochzeit. Zahlstelle Altenburg.

Unsern Verbandskollegen An-dreas Kamb, Bierkeller, zu seinem 25-jährigen Berufs-jubiläum die herzlichsten Glückwünsche. Die Kollegen in Zell, Oberfr.

Unsern Kollegen Otto Kieß nebst seiner lieben Frau die herzlichsten Glückwünsche zur hochgeit. Die Kollegen und Kolleginnen der Zahlstelle Herbitz.

Unsern lieben Kollegen Peter Garholz nebst seiner lieben Frau zur Silberhochzeit nachträglich die herzlichsten Glückwünsche. Die Kollegen der Brauereirei Weissenhorm.

Unsern Kollegen Omet nebst seiner lieben Frau zur Vermählung die herzlichsten Glückwünsche. Die Kollegen des Brauereirei Ansbach, Zahlstelle Angersburg.

Den Kollegen Kameradschafters Jo-hann Schreier, Fernmensmann Paul Weidig, Brauer Math. Schreier, E. Grunau und Joh. Peter Schreier zu ihrem fünfund-ponzigjährigen Jubiläum in der Brauereirei Weissenhorm die herzlichsten Glückwünsche. Die Kollegen der Zahlstelle Saarbrücken und Hng.

Unsern Kollegen Johann Schme-kermer und seiner lieben Frau die herzlichsten Glückwünsche zur überaus hochgeit am 15. Juni 1922. Zahlstelle Landshut.

Advertisement for Billige böhmische Bettfedern! 1 kg: graue geschlossene Mfr. 180,—, halbweiße Mfr. 200,—, weiße Mfr. 240,—, bessere Mfr. 270,—, Dauneweisse Mfr. 300,— und 350,—, beste Sorte Mfr. 420,— und Mfr. 480,—, weiße Halbweisse Mfr. 300,—, Mfr. 350,—, Mfr. 400,—, Ver-tausch u. Rücknahme gestattet. Benedikt Sachsel, Lobes No. 15, bei Witten, Bismarck.

Advertisement for Wasserfeste Brauereistiefel. aus Acryl-rubber, ver-lieber, der Paar 230 Mfr., preisbil-deste, Schutz-nahme.

Advertisement for Wasserfeste Brauereistiefel. Wasserfestes, wie Ledertiefel, das Beste, was es gibt. Paar 200 Mfr., I. Qualität 250 Mfr. Josef Urban, Cham i. Bayern.

Advertisement for Wasserfeste Brauereistiefel. aus prima hartem Leder mit Wasserfeste, Paar 235 Mfr., per Nachnahme. Holzwarenfabrik Hake & Co., Stadthagen, Schaumburg-Lippe.

Advertisement for Jüngerer Brauer. sofort gesucht, Was in nächster Nähe der Brauerei vorhanden, Weizenbrot angeblich 1085 Mfr. Brauerei Fierlohn L.G., Gräbe i. Westf.

Advertisement for Brauereiböttcher. unverheiratet, tüchtig und zue-rständig, bei hohen Lohn für sofort gesucht. Schwanen für Be-ratung. Thüringer Exportbierbrauerei H. W. Neuhardt (Oria), Geislar sofort 1-2 jüngere tüchtige Brauer Waldschloßbrauerei Wald-schloß i. B.

Advertisement for Knieledersohlen! ab 50 Paar 2 Proz. Rabatt. Kinder, Damen, Herren 40 42 43 46 47 48 49 50 51 52 53 54 55 56 57 58 59 60 61 62 63 64 65 66 67 68 69 70 71 72 73 74 75 76 77 78 79 80 81 82 83 84 85 86 87 88 89 90 91 92 93 94 95 96 97 98 99 100. Garantirt la Reconnue. - Versand Nachnahme. Garneitellungen wegen des hohen Vorrats erwünscht. 40 Pf. Paare portofrei. L. Port, Schillerstr. 27, Freising, Bay.